

# Werden die Interessen der Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen beim geplanten Freihandelsabkommen EU/USA untergepflügt?

Inhaltliche Darstellung des Beitrags von Shefali Sharma

auf der TTIP-Veranstaltungsrundreise vom 9. bis 15. April 2014

Werden die Interessen der Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen beim geplanten Freihandelsabkommen EU/USA (TTIP) untergepflügt? Dieser Frage wurde auf einer Veranstaltungsrundreise mit der US-amerikanischen TTIP-Kritikerin – organisiert von der AbL e.V. – nachgegangen.

Auf insgesamt sechs Veranstaltungen jeweils mit regionalen Bündnispartnern in Dresden, Weitnau (Allgäu), Fulda, Bekond (bei Trier), Westerstede (bei Oldenburg) und Elmsborn (Schleswig-Holstein) haben wir zusammen mit einem/r VertreterIn des Bündnisses „TTIP-unfairhandelbar“ und einer/m BauernvertreterInnen über die verschiedenen Aspekte des TTIP diskutiert. Hauptreferentin war die US-amerikanische Handels- und Landwirtschaftsexpertin Shefali Sharma vom Institut for Agriculture and Trade Policy (IATP) aus Washington. Es folgen Auszüge aus ihrem Diskussionsbeitrag.



**Die US-Landwirtschaft** ist geprägt von wenigen Konzernen, die die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion unter Kontrolle haben. So dominieren vier Fleischkonzerne über 80% des Rindfleischmarktes der USA; vier Konzerne über 65% des Schweinemarktes und drei Großkonzerne über 50% des Geflügelmarktes. Auch im Handelsbereich gibt es nur noch wenige Supermarktketten. In den letzten 30 Jahren gab es einen massiven Wandel in der US-Landwirtschaft, viele Farmer haben aufgegeben. Heute gibt es fast nur noch Vertragslandwirtschaft.

2002 gab es 2,2 Millionen Farmen in den USA. Davon sind weniger als 5% Großbetriebe - diese bewirtschaften aber 23% der landwirtschaftlichen Fläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße sind 169 Hektar Landwirtschaftliche Fläche – die Großbetriebe bewirtschaften durchschnittlich 844 Hektar. Über 80% sind kleinere Höfe, die im Durchschnitt 93 Hektar bewirtschaften. Die meisten von ihnen können ihren Lebensunterhalt nicht mehr mit der Landwirtschaft verdienen und müssen zusätzlich Einkommen erwirtschaften.

Die US-Agrarindustrie ist stolz und behauptet gerne: „America can feed the world“ mit billigen Lebensmitteln – aber auf wessen Kosten? Die Massenproduktion geht auf Kosten der Bodenfruchtbarkeit, der biologischen Vielfalt, Wasser- und Luftverschmutzung, der Bäuerinnen und Bauern, aber auch der Umwelt, schlechten Arbeitsbedingungen und der Gesundheit der Menschen. Erzeuger bekommen wenig Geld und Verbraucher bekommen qualitativ schlechte Nahrungsmittel.

## Welche Rolle spielt nun TTIP?

Bei TTIP geht es nur vordergründig darum, die Märkte durch Zollabbau zu öffnen. Vor allem geht es darum, Standards und gesetzliche Regelungen zu „harmonisieren“.

Das insbesondere unternehmerische Interessen vertreten werden, ist bekannt, weil im Mai 2013 über 20 US-Agrarindustrieverbände – vornehmlich aus der Fleisch-, Molkerei- und Getreideindustrie – ihre Stellungnahmen an das US-amerikanische Handelsministerium schickten und klar ihre Interessen bekundeten. Diese Eingaben sind öffentlich. Das IATP hat sie ausgewertet und in einem Hintergrundpapier die Zitate der Industrieforderungen aufbereitet („10 gute Gründe“, s. [www.abl-](http://www.abl-)

ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-positionen.html). Man kann davon ausgehen, dass die Interessen der europäischen Agrarindustrie ziemlich deckungsgleich sind. Allerdings werden die Positionen auf dieser Seite des Atlantiks nicht veröffentlicht, wohlwissend, dass das auf breite Ablehnung in der hiesigen Bevölkerung stoßen würde.

**Die Wunschliste der Konzerne ist lang:** So wollen sie das Ractopamin-Verbot – ein Wachstumsbeschleuniger - der EU aufheben, die Chlorbehandlung von Hühnerfleisch und die Verwendung von Antibiotika als Wachstumsförderer (wieder) erlauben, aber auch die Zulassung von GV-Pflanzen zum Import nach Europa beschleunigen.

Ein klares Ziel ist es, das EU-Vorsorgeprinzip zu schwächen und dafür den „wissenschaftsbasierten“ US-Ansatz durchzusetzen. Wenn in der EU neue Produkte, Technologien, Medikamente etc. zugelassen werden, muss nach dem Vorsorgeprinzip „sichergestellt“ werden, dass diese keinen Schaden in der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit verursachen. Die USA bemängeln, dass dieser Ansatz nicht wissenschaftsbasiert sei. Die USA stützt sich auf industriebasierte Studien. Solange nicht bewiesen ist, dass Chemikalien, Hormone, Gentechnikpflanzen schädlich sind, dürfen sie verwendet werden. An diese Regulierungen für Lebensmittelsicherheit sollen sich die EU-Standards angleichen, wenn das Abkommen denn abgeschlossen wird.

Nach Meinung der Konzerne soll das Ractopamin-Verbot in der EU aufgehoben werden. Früher wurde Ractopamin als Asthma-Medikament verwendet. Heute wird es als Wachstumshormon in der Schweinemast eingesetzt. Ractopamin ist in 160 Ländern verboten. Ractopamin schüttet Stresshormone aus und verstärkt die eh schon extremen stressauslösenden Haltungsbedingungen in den Mastbetrieben. Die US-Fleischindustrie sehen dieses Verbot als nicht gerechtfertigt an, weil es wissenschaftlich nicht bewiesen sei und gegen internationale Standards verstoßen würde. Von 6 Studien, die sie anführen, sind drei von Ractopamin-Herstellern selber durchgeführt worden.

Bei Gentechnik-Zulassungen gilt eine Gesetzgebung, nach der gentechnisch veränderte Pflanzen mit konventionellen gleichzusetzen sind (substantielle Äquivalenz), und deshalb auch keine Sicherheitsstudien durchzuführen sind. Diese Politik stammt aus dem Jahr 1986 und wurde bisher nie verändert. Die US-Futtermittelindustrie ist dagegen, dass die EU-Zulassungen für GV-Futterpflanzen so lange dauern, sie möchte diesen Prozess beschleunigen oder gar harmonisieren. Auch der Import von Fleisch von Nachkommen geklonter Tiere soll uneingeschränkt möglich sein.

Die US-Hähnchenindustrie sagt, dass *„in den USA ... täglich mit hochgradig chlorhaltigem Wasser behandelte Hühnchen von über 300 Millionen US-Bürgern konsumiert, sowie von Verbrauchern aus den fast 100 Ländern, in die die US-Industrie momentan Produkte exportiert (werden). Es sind keine negativen gesundheitlichen Auswirkungen bekannt.“* Die Chlorbehandlung ermöglicht es, die Schlachttaktung zu erhöhen und die Kontrollen zu verringern. Durch eine Harmonisierung der Standards soll auch in Europa die Chlorbehandlung möglich werden.

80% der in den USA verwendeten Antibiotika werden in der Tiermast eingesetzt. 2013 hat das US-amerikanische Gesundheitsministerium einen Bericht herausgegeben, aus dem hervorgeht, dass mindestens 23.000 Menschen aufgrund von Antibiotikaresistenzen im letzten Jahr gestorben sind. Antibiotikaresistenzen haben sich mittlerweile weltweit zu einem Problem entwickelt. Auch in diesem Bereich wollen die US-Fleischkonzerne das Verbot der EU aufweichen, Antibiotika nicht als Wachstumsbeschleuniger einzusetzen.

Im Jahre 2002 hat die EU Verordnungen erlassen, die die Verwendung von tierischen Nebenprodukten (Tiermehl etc.) einschränken. Ziel war es, Tierpepidemien zu verhindern wie Maul- und Klauenseuche, BSE-Krise oder Schweinefieber. Die US-Futtermittelindustrie kritisiert, dass seit den Einschränkungen die Exporte von Futtermitteln um 62% zurückgegangen sind (gemeint sind hier

Tierfutter einschließlich Heimtierfutter, Vieh- und Geflügelfutter, Mischfutter und Futtermittelzutaten, nicht Soja oder Mais).

Offiziell läuft diese Debatte unter „**Harmonisierung von Standards**“. „Regulatorische Kohärenz“ und Harmonisierung heißt aber nichts anderes, als dass Lebens- und Futtermittel, die nach US-Standards erzeugt worden sind, in Europa akzeptiert und ungekennzeichnet verkauft werden dürften und umgekehrt. Einfach gesagt hieße es, dass das, was in den USA als sicher erachtet wird, auch für Europa gelten soll.

Für Shefali Sharma ist es aber sehr viel gravierender, dass die Standards, die gerade verhandelt werden und auf dem Spiel stehen, auch in der restlichen Welt eingeführt werden sollen. Es gibt einen Grund, warum diese Verhandlungen nicht im Rahmen der WTO stattfinden. Die **Entwicklungsländer** haben keinerlei Interesse daran, dass bei ihnen US oder europäische Standards eingeführt werden, ohne dass sie **Mitsprachemöglichkeiten** haben.

In den USA wird gerade diskutiert, ob es beim Freihandelsabkommen ein so genanntes „**fast track**“ – also ein Schnell-Verfahren geben soll. Bislang hat der US-Kongress viel Mitspracherecht und es gibt z.T. lange Debatten. Setzt sich Präsident Obama u.a. durch, dann hätte der Kongress nur noch eingeschränktes Mitspracherecht – ähnlich wie in der EU, wo die EU-Parlamentarier und Mitgliedsstaaten am Ende Ja oder Nein sagen können, aber inhaltlich nichts mehr am Abkommen verändern können.

Für Shefali Sharma war es ermutigend, dass so viele Menschen auf die Veranstaltungen gekommen sind und den drei stündigen Diskussionen zu Handelspolitik bis spät abends interessiert verfolgten. Ein solches politisches Interesse wünscht sie sich auch in den USA, dort seien die Menschen aber derzeit vorwiegend „mit anderen Problemen“ beschäftigt. Erfreulicherweise gibt es auch in Amerika eine wachsende Bewegung, die sich für eine regionale Lebensmittelherzeugung einsetzt. Regierungen haben Programme zur regionalen Lebensmittelversorgung bspw. in Schulen und Kantinen eingerichtet. Abschließend plädiert sie dafür, dass sich die Zivilgesellschaft beidseits des Atlantiks zusammenschließen sollte. Sie ist sehr hoffnungsvoll, dass wir gemeinsam TTIP stoppen.



Autorin: Annemarie Volling (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - AbL e.V., Organisatorin der Rundreise. Grundlage ist der Vortrag von Shefali Sharma)



Shefali Sharma, US-amerikanische Handels- und Landwirtschaftsexpertin vom Institut for Agriculture and Trade Policy (IATP) aus Washington.

Näheres zu den Veranstaltungen und weitere Informationen zum geplanten Freihandelsabkommen EU/USA unter: <http://www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-positionen.html>

**Wir bedanken uns bei den finanziellen Unterstützern der Rundreise sowie den Veranstaltern vor Ort. Unterstützt wurde die Rundreise in Deutschland von:**

